

# Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Ersteinstveröffentlichung nach dem Beschluss der Parteikonferenz vom 20. Dezember 1922, durch die Post 465 907, ohne  
Zustell-Gebühr. Druck u. Verlag: Zentral-Verlag, Halle, Vertriebsstelle: 14. Fernruf 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Sprenckell 12-1 u. 4-5 Uhr.

Der Abonnementpreis beträgt 25 RM. für den Halbjahresbeitrag und 100 RM. für  
den Jahresbeitrag. Anzeigen im vorerwähnten Zeitungsblatt. Anzeigen im vorerwähnten  
9 Uhr abends, größter Tag vorher. - Postfachnummer: Leipzig 1068 48, Post-Kontingenz

Einzelpreis 20 Mark

Freitag, den 22. Dezember 1922

2. Jahrgang, Nr. 299

## Ueber 2000 Anilinarbeiter gemahregelt

(Eigene Drahtmeldung.)

**Zulwingshausen, 22. Dezember.**  
Die Anilinanstalten wollten über 2000 Arbeiter, die an dem Streik beteiligt waren, nicht wieder einstellen. Die Zentralfreistellung befohlen, den Gemahregelten für die Weihnachtstabelle eine Unterstunde von 5000 Mark zu zahlen. Aus diesem Grunde müssen die Sammlungen fortgesetzt und unverzüglich abgeschlossen werden.

Der Streik der 30 000 Zulwingshäuser Arbeiter ist zu Ende, nicht aber für die auf die Straße gemorrenen 2000 Gemahregelten. Der Betrieb ist vorläufig für jeden auswärtigen Arbeiter geschlossen. Der Anilinanstalten muß gesonnen werden, auch diese Arbeiter wieder einzustellen. Die Anilin-Anstalten wollen aber ihre Rechte nehmen, indem sie diese Tausende über die Weihnachtstabelle hungern lassen. Auf die Gemahregestellten muß jetzt überall der Druck dahin ausgeübt werden, daß die Opfer des Streiks der reformistischen Führer nunmehr aus den von ihnen selbst gesammelten Beiträgen unterstellt werden.

Die Zentralfreistellung hat jedoch nicht auf die Hilfe der Gemahregestellten bewirkt. Es ist zu befürchten, daß die brutalen Gemahregeltungsmaßnahmen sogar jetzt noch die Gemahregestellten ohne jede Unterstützung lassen wollen. Bis daher der Wille der Gemahregestellten sich durchgesetzt hat, ist die Streikleitung allein angewiesen auf die Gelder, die zur Unterstützung des Kampfes gesammelt, noch reichlich fließen. Aus unzähligen Rundgebungen, die Arbeiterzeitung geht hervor, daß die Spender durchaus darauf dringen, daß aus den eingehenden Geldern die Gemahregelten nach aller Möglichkeit unterstützt werden, ja in vielen Betrieben wird erneut gesammelt für die Opfer der Anilinlöhne und ihrer Selbstschleifer. Die Anilinlöhne sollen nicht die Gemahregestellten sein, daß die von ihnen dem Hungerloch überantworten wirklich zugrunde gehen und daß auch einer der Kämpfenden um Gnade winseln müßte.

Die Streikleitung hat beschloffen, für die Weihnachtstabelle jedem Gemahregelten 5000 Mark auszuschütten. Das ist wenig, an der Arbeiterzeitung liegt es, diese Hilfe zu verstärken. Der „Vorwärts“ behält die Solidarität, anzufrühenden, daß die reformistische Bureaucratie auch in allen zukünftigen Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit dieselbe Rolle spielen will, wie im Zulwingshäuser Streik. Er schreibt:

„Man muß sich also darauf gefaßt machen, daß das in Zulwingshäuser erprobte Rezept in anderen Gegenden Deutschlands zu wiederholter Anwendung kommen wird. Es ist unangeheuer einfach. Man braucht nur ein wenig, ein wenig in der Straße und macht dann die Gemahregestellten für ihren Ausgang verantwortlich. Da dieser Ausgang niemals zum Erlöse, sondern nur zur Niederlage, bestenfalls, wenn die Gemahregestellten

besonders geschickt arbeiten, zu einem billigen Kompromiß führen kann, bleibt auf alle Fälle die beste Gelegenheit, die Arbeiter gegen die Gemahregelten zu heben. Das Rezept wird um so leichter wirken, je größer der Prozentsatz der Arbeiter ist, die mit den gemahregestellten Kompromissen noch nicht vertraut sind. Und es erweist sich die Gefahr überall als die besten Starnböde der Kommunisten gegen die Gemahregelten.“

Also wieder die abgehandelte Lüge, daß die Kommunisten den Streik provoziert hätten, wieder die schamlose Unterstellung, die Kommunisten wollten die Gemahregelten zerstören, wieder die Beschimpfung der Arbeiterzeitung als „selbst“. Wir sagen den beschimpften Anilin der Kapitalisten in den sozialdemokratischen Redaktionsstuben, daß die Klassenbewußte Arbeiterzeitung alles tun wird, um die Gemahregelten zu hären und zu unüberwindlichen Nachfragen der Arbeiterzeitung zu machen, daß sie aber abwarten mit den reformistischen Beratern. Die deutsche Arbeiterzeitung hat die Pflicht, in ihren Organisationskomitee zu schaffen. Die ausländische Klassenbewußte Arbeiterzeitung, die den Kampf in der Welt aktiv unterstützt, deren Unterlegungen jetzt noch abgehandelt werden zur Unterstützung der Gemahregelten, steht auf Deutschland. Sie bewirkt in dem letzten Kampf geistige proletarische Kraft, sie ist weiterhin zu aktiver, internationaler Solidarität bereit. Die deutsche Arbeiterzeitung muß durch die Feinde aus den eigenen Reihen heiligt, damit in künftigen Kämpfen der proletarische Opfermut zum gesetzlichen Ziel führen kann.

## Internationale Solidaritätsbezeugungen

1 Million aus der Schweiz

(Eigene Drahtmeldung.)

**Zulwingshausen, 22. Dezember.**  
Ein Telegramm aus Zürich vom 21. Dezember berichtet, den Pfälzer Arbeitern die volle Sympathie der Schweizer Arbeiterzeitung und vieler der Abgang einer Million Mark nach Zulwingshausen. Die Holz- und Bauarbeiter der Sektion Zürich haben aus der Volkstafel allein 200 Schweizer Franken (250 000 RM.) bewilligt. Der Vorstand der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter, Sektion Zürich, hat ebenfalls aus der Volkstafel 200 Schweizer Franken bewilligt.

Die kommunistische Jugendzeitung Heimgang (Schweiz) brüht den Pfälzer Arbeitern ihre Bewunderung und Sympathie aus und überreicht ebenfalls eine kleine Gabe.

## Weitere 3 Millionen der russischen Arbeiter

(Eigene Drahtmeldung.)

**Berlin, 22. Dezember.**  
Zwei Radiomeldungen aus Moskau haben die russischen Gewerkschaften mehrere 2 975 000 deutsche Mark für die Pfälzer Arbeiter eingekauft.

Englands gefunden haben sollen, zeigen auf das Beste, daß der Über die Rede Bonaires, das das Ruhrgebiet nicht belegen werde, verfehlt war, denn nichts anderes wird auf wirtschaftlichem Wege zu erreichen verläßt, was durch eine Ausbeziehung auf militärischem Wege zu erreichen wäre.

Die französischen Kapitalisten hoffen, daß diese Bedingungen ihre deutschen Partner beim Wirtschaftsverhandlungsgesellschaft müde machen und zwingen werden, die Bedingungen der französischen Industrie anzunehmen. Für ihre Zwecke genügen die wirtschaftlichen Forderungen und die Einbeziehung des Rheinlandes in das französische Wirtschaftsgebiet, wofür sie auch die Zustimmung Englands leichter erhalten können, als für eine militärische Belegung.

Die Verhandlung zwischen England und Frankreich in der Reparationsfrage hängt eng mit dem Willkür eines „Friedens“ in Lausanne zusammen. In Lausanne würde nicht nur das Schicksal des russischen, sondern auch das Schicksal des deutschen Reiches entscheidend sein. Die französischen und englischen Kapitalisten ein Landgedicht mit ihren Interessen im Orient in der Reparationsfrage abschießen und England für Konzessionen im Orient, Koncessionen an Frankreich in der Reparationsfrage macht. In Lausanne hat gegen die imperialistischen Mächte nur Sowjet-Rußland die Rechte der Ausgebenden und Unterdrückten Sektion den englischen Imperialismus durch ihre georgische gegen die Interessen der Arbeiterzeitung der ganzen Welt auftrat.

Während in Deutschland unaufrichtig weiter die nationale Einheitsfront pulstert wird, die das Schicksal für den Sozialpart der deutschen Schwerindustrie ist, einigen sich die englische und französische Regierung über neue Pläne, die geeignet sind, eine vollständige Ausbeutung der Arbeiterzeitung durch das internationale Kapital herbeizuführen. Dieser Versuchungen die Arbeiterzeitung nicht durch eine nationale Einheitsfront mit ihrem Klassenfeind in Deutschland, sondern nur durch die Herstellung einer innigen proletarischen Kampfeinigkeit mit ihren Klassenbrüdern in Frankreich und England Herr werden.

Zu eifrige Politikern. Die Genossin Alexandra Kollontaj wurde auf der Moskauer Konferenz auf der deutsch-sowjetischen Grenzlinie Erhöhung der Klassenkampf, weil sie von dort früher einmal ausgewiesen worden war. Die übertriebene Politik müßte die Genossin weiterreisen lassen.

## Hinter den Kulissen der bayerischen Reaktion

Vor nicht gar zu langer Zeit hat im „Bayerischen Kurier“ der Geheimrat Held, der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, sich gegen den Vorwurf gewehrt, niemals an einer Abzweigungstendenz in Bayern mitgewirkt zu haben. Er hat dabei sich auf diejenige Linie zurückgegriffen, die seit längerer Zeit die Bayerische Volkspartei eingehalten hat, indem sie einen „Föderalismus“ im Rahmen des Reiches forderte, die aber praktisch durchzuführen, die Herrschaft Bayerns über das Reich darstellten und eventuell auch eine Zerstückelung Deutschlands im Gefolge haben würde. Die Rolle des Herrn Geheimrats Held soll heute hier nicht weiter untersucht werden. Tatsache ist, daß Dr. Seim, einer der hervorragenden Führer der Bayerischen Volkspartei und einer der Drahtzieher der bayerischen Politik, die Idee der Deputationskonferenz und damit die Spaltung des Deutschen Reiches schon im Dezember 1918 im „Heidelberger Tageblatt“ publizistisch vertreten hat.

Der Spionage-Prozess Leoprechting hätte zweifellos manches dunkle Geheimnis der bayerischen Politik aufgedeckt, wenn er sich nicht gerade vor bayerischen Gerichten kurz und schmerzlos abgeblüht hätte. Bei diesem Prozeß hat sich die offizielle bayerische Politik des nationalen Mantelchens umgehangt und dafür gesorgt, daß dieses Mantelchen nicht gelüftet werde.

Die Öffentlichkeit nicht nur Bayerns wurde nun vor einiger Zeit über das durch die Verhaftung einiger Führer des Freikorps Oberland, das auch in Halle organisatorische Beziehungen unterhält. Hauptmann Dörmeyer und andere Oberlandführer wurden nach kurzer Zeit wieder freigelassen, während der Hauptmann Römer in Haft behalten wurde. Die bayerische Staatsanwaltschaft hat sich dann bemüht, gesehen, aus dem Aktmaterial der Presse Beziehungen bekanntzugeben, die seitens des Hauptmanns Römer mit der kommunistischen Partei bestanden haben sollen. Es stellte sich dann heraus, daß der jetzige Abgeordnete der USPD, Otto Graf mit einigen Führern des Freikorps Oberland Beziehungen unterhält, und daß die Hintermänner es für opportun hielten, diesen Hochstapler fallen zu lassen.

Es konnte auch nicht nur sein, angebliche Beziehungen zwischen der kommunistischen Partei und dem Freikorps Oberland nachzuweisen, denn sowohl die Hintermänner des Freikorps Oberland, wie die Staatsanwaltschaft und die USPD, und ihr Schiedsgericht dürften sich darüber klar gemacht sein, daß solche Beziehungen gar nicht bestanden haben können.

Der Zweck der Veröffentlichung eines Summaries aus den Akten der Staatsanwaltschaft war lediglich, den Hauptmann Römer in der Öffentlichkeit so zu erledigen, daß er als Zeuge vor einem Gericht nicht mehr in Frage kommt. Die dem Zweck dient auch der beschriebene Prozeß gegen den Hauptmann Römer. Darum dreht es sich in der bayerischen Justiz, denn sie hat, wie im Falle Leoprechting, wieder eine Aufgabe zu leisten, die sehr brenzlich ist.

Der Reichsanwalt hat das Verfahren gegen Pittinger wegen Sozialverrats neu aufgenommen. Einzige und entscheidende Belastungszeuge ist der Hauptmann Römer, er soll vorher die Freilassung und erledigt werden.

Inverhältnis des Freikorps Oberland, wie überhaupt innerhalb der bayerischen Monarchisten, gibt es zwei Strömungen, eine separatistische und eine, die keine Zerstückelung Deutschlands will. Hauptmann Römer gehörte innerhalb des Freikorps Oberland zu den Führern der antiseparatistischen Strömung. Als innerseitig die Auslösung des Mittelbayerer Rupperts durch die Hitlerleute unmittelbar bevorstand, sollen innerhalb des Freikorps Oberland scharfe Differenzen ausgebrochen sein, die vielleicht den inneren Anlaß zu der Erhebungslampagne gegen die Anti-Separatisten gegeben haben.

Das Verfahren gegen Römer soll so aufgezogen werden, als ob die bayerische Regierung und Justiz gegen das Freikorps vorgehe. Man wird also zwei Fingern mit einer Klappe schlagen, genau wie sich Bayern im Falle Leoprechting der Bayern der Freieinheit umging. In Wirklichkeit besteht die Absicht der bayerischen Reaktion eineswegs darin, ernsthaft gegen die Freikorps vorgehen, man will vielmehr die Freikorps nach einer ganz bestimmten Richtung hin zuverfügen machen.

Die Anlagengruppe gegen Römer enthalten ferner in der Hauptstadt Triminelle Handlungen gegen Juden. Damit soll der Antisemitismus erweckt werden, als ob die bayerische Justiz der systematischen Pogroms in Bayern konstat entgegengetre. Man kann sich jetzt schon vorstellen, mit welchem Geschick die Agenten der bayerischen Politik diese Seite des Prozeßes auswerten würden. Die bayerische Regierung und die bayerische Justiz gegen die Pogroms: liegt wohl anständigen Leute mit ihnen.

Diesen dunklen Absichten aber muß begegnet werden, damit die ganzen bayerischen Vorgänge vor aller Welt entlarzt werden können.

Hier müßte das Reich eingreifen, wenn es wirklich fähig wäre, die Republik zu schützen. Römer soll in Bayern erledigt

## Wirtschaftliche Annexion des Ruhrgebiets

(Eigene Drahtmeldung.)

**Berlin, 22. Dezember.**  
Der „Manchester Guardian“ weiß zu berichten, daß gelegentlich der Beziehungen zwischen Lord Bessan, Millerand und Bonicars folgende Vereinbarung für die Pariser Konferenz am 2. Januar getroffen wurde: Deutschland soll ein zweijähriges Moratorium unter folgenden Bedingungen erhalten: 1. Unterstellung der Reparationsfrage unter die Kontrolle der Reparationskommission, 2. Auslieferung der Finanzreform, die vom Garantiekomitee verlangt worden sind und noch verlangt werden, 3. Erhebung einer inneren Anleihe in Goldmark zur Stabilisierung des Marktzufusses, 4. Auslieferung von Bergwerken, 5. Staatsforten an die Alliierten, ebenso die Herabgabe der Pflanzung der Zoll als Pfänder. Bei Annahme dieser Bedingungen ist Frankreich bereit, auf die Belegung des Ruhrgebietes zu verzichten. Die Belegung wird jedoch durchgeführt, wenn Deutschland die Bedingungen nicht einhält. Belgien und Italien sollen bereits ihre Zustimmung gegeben haben, ebenso Bonaer Sam. Der „Manchester Guardian“ erklärt auch, daß man sich in England nun gegen eine Ausbeziehung, nicht aber gegen die wirtschaftlichen Bedingungen wendet.

Die Mitteilungen des „Manchester Guardian“ finden eine gewisse Bestätigung durch eine Rede, die Bonicars gestern im französischen Senat gehalten hat. Er führte aus, man müsse Deutschland, das sich bemühe, alle Reparationen hinzuzuschieren, einer Kontrolle unterwerfen. Deutschland bestimme Dominanzgebiete und er werde von den Alliierten verlangen, mit Frankreich diese Länder zu lassen. Bestätigung der Anleihe und der alliierten Schulden lagte er, es wäre gut, wenn Deutschland eine innere oder äußere Anleihe bestimme, aber es sei nicht erwünscht, die Reparationsfrage in die Hände der Bankiers zu legen. Aber diese werde am 2. Januar verhandelt und man werde dabei auch über die internationalen Verbindungen sprechen und nicht mehr auf Amerika warten. Die Verhandlungen darüber würden niemals in Uneinigkeit ausarten.

Der Traum der amerikanischen Anleihe ist somit ausgestraut. Die raube Wirtschaftlichkeit kommt wieder zu ihrem Recht, zu ihrem Recht in verächtlicher Nähe, da der 2. Januar immer näher und näher rückt. Die neuen Forderungen Frankreichs, die auch die Billigung

# Wie kommt eine Arbeiterregierung zustande?

Was eine deutsche Arbeiterregierung soll, das hat der Reichsbetriebsrätegesetz durch das von ihm aufgestellte Programm gesagt. Was sie ist, das ist ungefähr klar: eine Regierung der Arbeiter für die Arbeiter, die dieses Programm durchführt. Eine Regierung also, die den Arbeitern, den Ausgebeuteten gegenüber wirksam, nicht nur auf dem Papier, "Demokratie" ist. Die Herren Bourgeois verstehen unter Demokratie immer nur Diktatur der Bourgeoisie.

Wie kommt eine Arbeiterregierung zustande? Nun, da wir noch keine gehabt haben, können wir hier nur Ratgeber anstellen. Immerhin sind in der Vergangenheit einige Anhaltspunkte vorhanden, die aus den jüngsten Tagen sogar ein sehr klares Bild dafür, wie eine Arbeiterregierung zum nicht Entstandenen ist, aber hätte entstehen können.

Nach dem Kampftag fanden die besten Teile der deutschen Arbeiterschaft unter Bakstein. Die monarchistische Gegenregierung war niedergeschlagen, und es galt, das Proletariat zu führen. Eine Arbeiterregierung hätte damals sehr leicht geschaffen werden können, deren Programm seiner Tendenz nach dem des Reichsbetriebsrätegesetzes gesehnt hätte. Auch das gelang nicht, weil der deutschen Arbeiterschaft eine klar führende Massenpartei fehlte.

Eine gute Gelegenheit ergab sich nach dem Eisenbahnerstreik. Das Vorgehen der Reichsregierung hatte die große Erregung in den Arbeitermassen ausgelöst, daß eine Reichstagsauflösung eine parlamentarische Arbeitermehrheit hätte bringen können. SPD und USPD retteten Wirth, den Reichstag und stärkten die Bourgeoisie, und die Arbeiter hörten noch nicht genügend auf die SPD.

Eine dritte Gelegenheit brachte die Ermordung Rathenaus. Hier war die Unfähigkeit der Reichsregierung so offenbar geworden, und die Gefahr der Reaktion so deutlich, daß sogar die Gewerkschaftsführer sich gezwungen sahen, Kampf anzuknüpfen.

lagen — freilich nur, um nicht zu kämpfen. Wieder ließ sich die Arbeiterkraft aufspüren. Selbst dieser Reichstag wurde gerettet. Dieses Mal hätte die Arbeiterregierung entstehen können unter außerparlamentarischem Druck, mit oder ohne Wahlen. Die Gelegenheit wurde verflüchtigt, wie auch die Gelegenheit nach dem Sturz der Wirth-Regierung verflüchtigt wurde, wo selbst für den parlamentarischen Kretin die Notwendigkeit der Reichstagsauflösung klar sein mußte.

In Sachsen wiederum, wo eine Landtagsneuwahl klare Verhältnisse brachte, nämlich eine glatte Arbeitermehrheit, hätte eine solche Regierung sofort ohne Kampf gebildet werden können, d. h. auf "friedlichem", parlamentarischem, verfassungsmäßigem Weg; sie hätte natürlich vom ersten Tage an den Kampf gegen die Bourgeoisie aufnehmen müssen und hätte so hinterrücks all die Stadien durchlaufen, die im allgemeinen wohl eine Regierung vor dem Zustandekommen einer Arbeiterregierung wird durchlaufen müssen. Sie hätte dabei zu außerparlamentarischen Mitteln greifen und sich auf außerparlamentarische Organe stützen müssen, und sie hätte so zum ersten Male gezeigt, was eine Arbeiterregierung ist.

Die sozialdemokratischen Führer sind diesem Kampfe ausgemichen, weil sie glauben, diese Kämpfe könne man vermeiden. Aber die Frage der künftigen Arbeiterregierung bleibt auf der Tagesordnung, genau so, wie sie für das Reich auf der Tagesordnung bleiben wird, bis sie da ist.

Wir haben hier nur einige Beispiele aus der Vergangenheit angezogen. Für die Zukunft sind alle Arten der Regierungsbildung, die wir nennen, möglich. Voraussetzung ist immer: daß breite Massen auf diese Regierungsbildung hindeuten, für sie kämpfen und weiterzukämpfen bereit sind. Das werden sie nicht der Form dieser Regierung wegen tun, sondern lediglich ihres Programms wegen. Diese Kämpfe vorbereiten, ist eine Hauptaufgabe der kommunistischen Partei.

werden, damit die dunklen Mächte nicht an das kelle Licht des Tages treten. Da aber behauptet wird, daß Römer wegen Vergehens gegen die Reichsgesetze angeklagt werden soll, so ist nicht die bairische Justiz, sondern der Staatsgerichtshof zuständig.

Der Staatsgerichtshof hätte die Aufgabe, die Angelegenheit Römer zu erledigen und damit der bairischen Justiz zu entziehen. Vor dem Staatsgerichtshof müßte auch die Frage entschieden werden, ob Römer aus eigenem Antrieb oder auf Anreiz nicht präparierter bairischer Stellen gehandelt hat, denen er als frühere Minister die Hand zu drehen sollte, die die bairische Justiz als Instrument der deutschen Republik hätte die Pflicht, die Treue der bairischen Regierung zu leisten zu unterlassen.

Die Reichsjustiz müßte, wenn es ihnen in ihrem Kampfe gegen die bairische Reaktion für die Reichseinheit und den Schutz der Republik ernst wäre, alles daranlegen, daß der Prozeß gegen Römer und gegen Wittinger außerhalb Bayerns vor dem Staatsgerichtshof stattfindet. Sie müßten verlangen, daß in allen baulichen Höhlen hineinkleinführt werde, an denen die bairische "Kollisions" behauptet vorliegt. Statt dessen hat schon die Wirth-Regierung das Reichsjustizgesetz zu Gunsten der bairischen Gegenregierung durchbrochen und die Cuno-Regierung hat nicht im entferntesten daran, die letztgenannte Reichsjustiz der Reichsbehörde gegen Bayern geltend zu machen.

Es werden die Prozesse vor die bairischen Landesgerichte kommen, und diese werden niemals die Rollen aufspielen, die das Reichsjustizkommando und das Reichspräsidenten-Ministerium im Fall Ehrhardt, im Falle der Freisprüche, der Hülferedeung gespielt haben. Römer wird endgültig bestraft, damit diese Rolle nicht bekannt wird.

Bayern steht längst unter dem Diktat der Hiltlerbande. Die Landesgerichte, die den "Mittelbacher Anzeiger" vom Vergehen gegen das Republiksgesetz freisprechen, sind von "zuverlässigen" Richtern der Gegenrevolution besetzt. Die Arbeiterschaft in Nord- und Süddeutschland muß, je mehr Bayern dem Nationalsozialismus angeschlossen ist, auf der Hut sein, damit sie nicht eines Tages in dem besetzten Bayern Truppen Hiltlers vor vollendete Tatsachen gestellt ist. Die systematische Vernichtung der Gegenrevolution in Bayern fordert von der Arbeiterschaft ganz Deutschlands die Durchführung der entscheidenden Abwehrmaßnahmen.

## Die Geldgeber der Faschisten

München, 21. Dezember.

Die Süddeutsche Korrespondenz legt ihre Enthüllungen über die Beziehungen der Faschisten zu den bairischen Industriellen fort. Es geht nunmehr fest, daß die sogenannten Nationalsozialisten von der Säbenerindustrie bezahlt werden.

## Die Meerengenfrage nicht erledigt

(Eigene Drahtmeldung.)

Kaukaua, 21. Dezember.

Die russische Delegation erklärte: Die Frage der Meerengen sei nicht erledigt. Es wird noch eine neue Note unterbreiten. Über in der Rindbergsitzung noch in der Kapitulation konnte in Kaukaua eine Einigung erzielt werden. Die Sitzung des Interkontinentalen Komitees infolge des heiligen Jubiläumstages der britischen und russischen Delegationen abgedrückt worden und im Zusammenhang für Rekapitulation hat die Partei auch eine Einigung ausgearbeitet. Staaten in ihre inneren Angelegenheiten mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Bescheid wird der Gegenpart durch eine Note der Alliierten an die Kommandierung, die Verletzung Konstantinopels bis zum endgültigen Friedensschluss nicht abzuwenden, sowie einen Beschluß der höchsten Nationalversammlung, mit den Entente-Mächten keine Verhandlungen zu treffen.

Wie aus nachträglichen Meldungen hervorgeht, ist Amerika mit dem englischen Vorschlag, die "Freiheit der Meerengen" durch den Weltfrieden garantieren zu lassen, durchaus unzufrieden und stimmt in diesem Punkte mit der russischen Delegation überein. Die Weltfriedens-Konferenz wird sich falls England an diesem Punkte nicht abzugeben, sondern übertragungsweisend, das Meerengenfrage nicht unterzeichnen und mit der Partei einen Separatvertrag abzuschließen. In diesem Sinne wurde auch an die Konferenz eine amerikanische Note geschickt.

Die russische Delegation wird auch auf die Rekapitulationsfrage keine Rücksichtungen haben.

## Die Südnote ungenügend

Berlin, 21. Dezember.

Die Reichsministerien hat dem deutschen Botschafter in Paris die Antwort auf die letzte Mitteilung der bairischen Regierung über die Zwischenfälle in Ostpreußen, Posen und Angolstadt überreicht. In diesem Sinne heißt die Reichsministerien fest, daß die deutsche Reichsministerien mit dem Verhalten der internationalen Reichsministerien übereinstimmen. In diesem Sinne heißt die Reichsministerien fest, daß der Betrag von 1 Millionen Goldmark von der deutschen Regierung gezahlt werden ist. Was die Entschädigung anbelangt, so nehme die Reichsministerien die der deutschen Regierung an, die dies im Rahmen des Friedens, Sommers und der besprochenen Punkte erledigt ist. Die Entschädigung soll möglichst in der Presse veröffentlicht werden. Hinsichtlich der Reparationen hat sich die Konferenz nicht beilegen, weil sie nicht den Deutschen Garantien erhalten habe, daß die vorgeschriebenen Maßnahmen vollständig durchgeführt werden. Um die Durchführung zu sichern, was sich die Reichsministerien mit der deutschen Regierung in Verbindung setzen, um dies nicht zu bewirken, wobei sie die Befähigung der entsprechenden Sachverständigen wünsch.

## Socialdemokratie und Revolution

Wer es noch nicht wissen sollte, dem hat es die sozialistische Arbeiter und frühere sozialistische Staatsratgeber August Müller bei einem Vortrag in der bairischen Gesellschaft nochmals gesagt, und zwar auf Grund der Verhandlungen, an denen er selbst damals teilgenommen hatte, nicht nur von allen linken Parteifreunden vor dem 8. November 1918, die Partei, die die Revolutionen durch eine Entzerrung der Sozialpolitik gefordert, sondern auch von den bairischen Sozialdemokraten, die von unten wütenden Kräfte zurückdrängen und die republikanische "Gefahr" abzuwenden. Seit nachdem sich der Sturz der Hohenzollern vollzogen hatte, stellte sich die Sozialdemokratie in die Reihe der Bewegung, aber nicht um die republikanischen Ziele zu verfolgen, sondern, wie Müller im öffentlichen Sinne wie Scheidemann betonte, in Deutschland den sozialistischen Klientel zu verbinden. Die Arbeiter sind vor, während und nach der Revolution um ihre sozialistischen Führer wachsam nicht zu beneiden. Zum Teil mit diesem Ziel!

Deutschland wird republikanisch. Unter dem Vorzeichen des ehemaligen Großherzogs von Oberbayern wird für die in den Räumen der Deutschen Landindustrie die Generalversammlung der Deutschen Landindustrie A.G. statt, die den Antrag der Verwaltung, das Aktienkapital um 2 Millionen Mark zu erhöhen und 25 Millionen Reichsmark zu erhöhen, zum Beschluß gebracht. Die einen haben die Aktienkapital um 2 Millionen Mark zu erhöhen, die anderen haben die Aktienkapital um 2 Millionen Mark zu erhöhen. Deutschland wird allmählich doch republikanisch!

## An die Arbeiterkinder und Arbeitermütter! An unsere Mitgliebschaften!

Der Streik der Ludwigshafener Arbeiter mußte durch den Verzicht der Gewerkschaftsverbände abgebrochen werden. Die Arbeiterkinder haben die Entschuldungen, die die über 3 1/2 Wochen im Streik befindlichen Arbeiter zu erleiden hatten, tapfer mitgetragen. Die größte Not ist jedoch mit dem Abbruch des Kampfes noch lange nicht von ihnen abgewandt. Der mehrwöchige Kampf hat die Arbeiter nicht nur materiell, sondern auch geistig, durch die Unternehmung nicht wieder einstellen, bleiben an der Straße liegen.

Weihnachten steht vor der Tür, und die am Straßenrand beteiligten Arbeiter können ihren Kindern keine Weihnachtsfreude machen. Die Sammlungen der kommunistischen Kindergruppen für die Kinder der kampfenden Ludwigshafener Arbeiter müssen von der gesamten Arbeiterschaft unterstützt werden, und es mußten die Arbeiterkinder unterstützt werden. Das Gesammelte (Geld, Lebensmittel, Kleider, Spielzeug usw.) ist ausschließlich nach Ludwigshafen abzuliefern.

Um den Kindern eine Freude zu machen, veranstaltet die Streikleitung zwischen Weihnachten und Neujahr eine Weihnachtsfeier. Benutzt noch die Weihnachtsfeier zu Sammlungen. Jedes Weibchen wird gern zugucken, wenn Material über unsere Arbeiterkinder auf einen Teil ihrer Weihnachtsfreude verzichtet.

Unterstützt die Arbeit der Streikleitung, den Kindern eine kleine Freude zu bereiten.

Arbeiterkinder, Arbeitermütter!  
Lebt Solidarität!  
Reichszentrale der kommunistischen Kindergruppen Deutschlands.

Die Ludwigshafener Arbeiter ist Max Frenzel, Ludwigshafen, Maxstraße 72.

## Weismann-Spigel in Thüringen

Die kommunistische Fraktion im Thüringer Landtag legte jetzt zwei Beschlüsse von der Abteilung I des Berliner Volksparlamentes vor, die Weismannspiegel in Thüringen abgenommen werden sind und aus denen klar hervorgeht, daß im Auftrag der Weismannspiegel in Thüringen politische Spionage betrieben wird. Die Thüringer Regierung, die Weismannspiegel in Thüringen haben, muß nach dem Material beibringt werden. Es muß man abwarten, ob die Thüringer sozialdemokratische Regierung ernstliche Schritte tun wird, um dem Landtag des Herrn Weismann in Thüringen Bilanz anzulegen.

## Schuh den Wucherern!

WZB, Berlin, 22. Dezember.

Wegen der infolge der sicheren Erweiterung der Welt bestehenden Unklarheit auf dem Gebiet des Preisverhältnisses haben das Reichsministerium für den Handel und die Justizministerien Maßnahmen ausgearbeitet, die die Steigerung der veralteten und rechtlichen Entschädigung über die Preisfestsetzung nach Möglichkeit gewährleisten sollen. Die Grundlage über die Festsetzung der angemessenen Preise wird durch die Preissteigerung, die die Entschädigung über den Preis festsetzt, erweitert. Eine unter Zugrundelegung des Monatsindex für die Lebenshaltung aufgelegte Normaltafel regelt die Berechnung der zwischen Ein- und Verkauf etwa eingetretenen Geldverwertung. Geleitet wird frühzeitige Herstellung von Sachverständigen nach der Aufhebung der Preissteigerung. Die Sachverständigen geben keine Preisempfehlung für die Wucherung der vielfach auf Unkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge beruhenden Gegenstände zwischen den einzelnen Berufsständen.

Was die Regierung Cuno mit dieser Festlegung der Unfähigkeit auf dem Gebiet des "Preisverhältnisses" beabsichtigt, ist nicht anders als die Sanctionierung des Wuchers. Die ganze Sache kann nichts anderes bedeuten als die Schöpfung eines Sozialistischen, aber selbst Enthaltung der Wirtschaftlichkeit die Sachverständigen im Einzelfalle aus den heillosen Wirtschaftskrisen bei der Justiz entscheiden sollen. Die Sachverständigen sind beliebigen Preisern der Wucherer werden stets entsprechend ihrer Aufstellungen den Wucher als Normalmaß zu betrachten, wenn wirklich einmal einer ihrer Kollisionsstellen mit der Justiz in Konflikt geraten.

Vor dem Wucher kann sich die Arbeiterschaft nur selbst schützen durch ihre Kontrollausschüsse und die Kontrolle der Produktion. Aber gerade vor dieser Kontrolle will die Cuno-Regierung mit ihrem neuen "Preisverhältnis" die Wucherer schützen.

## Der Dollar heute vormittag 6500 Mark

## Kampfstimmung der Kölner Eisenbahner

(Eigene Drahtmeldung.)

Köln, 21. Dezember.

Die hiesige Ortsgruppe des Eisenbahnerleitendenverbandes beschloß heute sich mit dem Angebot der Regierung in der Lohnfrage. Die Angebotsliste wurden als fahriglich bezeichnet. Man tritt für die Forderung von mehr als 1000 Mark monatlich für 1000 Mark monatliche Besätze und 500 Mark Stundenlohn. Der Vorstand des OEB wird aufgegeben, für diese Forderungen den Kampf mit allen Mitteln aufzunehmen.

## Zweite öffentliche Quittung

Aus Mittelhessenlang gingen bei der Sammelreise J. Mohr (Mannheim-Waldhof) weiter folgende Beträge ein:  
Fritz Voltrath, Weihenstephan, 25 000 Mk., Kommunistische Partei, Scheidung 55 800 Mk., Paul 15, Leuna-Werte, 5400 Mk., Konsumverein Halle a. S. und Umgebung 17 425 Mk., Eisenbahner-Verein Staßfurt-Geopoldsdorf 11 000 Mk., Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine Halle a. S. und Umgebung 24 000 Mk., von den hiesigen Kollegen v. H. Otto Schmidt 100 000 Mk., Betriebsrat Grube Golpa 20 000 Mk., Eisenbahner- und Arbeitervereine "Solidarität" Annaburg 1000 Mk.

Radel ist gefahrlos! Die bürgerliche Presse läßt sich melden: "Radel ist über Holland wieder nach Berlin gekommen. Er beschäftigt sich etwa 14 Tage nach dem Sturz zu begeben. Das er diesmal einmündig erhalten hat, beruht auf einer Vereinbarung mit der Regierung während seines Aufenthaltes in Berlin. Derzeit wird mit seiner Zustimmung unter polizeilicher Beobachtung gestellt wird." — Danach hat man also die Einreise nur unter der Bedingung erlaubt, daß sich Radel von den Werkzeugen des Weismann, des Staatsministers für die öffentliche Ordnung, übergeben läßt. Die Regierung Cuno hält auf gute Beziehungen — zum Antihohenzollernismus.

Arbe in hiesigen Zentrum. Aus Anlaß des Jahresfestes bei der hiesigen Landtagswahl hielt die hiesige Zentrumspartei in Dresden einen außerordentlichen Parteitag ab. Der bisherige Vorsitzende war der Sitzung ferngeblieben. Der geführte Ausschuss hatte keine Vertreter zur Verfügung gestellt.

"Deutschland über alles". Im "Jugend-Vormärts", dem Disziplinierungsorgan der Arbeiter-Young, in dem die "Vormärts" bemerkt, "gelegentlich auch Meinungen zum Ausdruck kommen können, die dem Standpunkt der Partei nicht vollkommen entsprechen", wendet sich ein Mitglied der Arbeiter-Young gegen das "Deutschland über alles". Das Gebot der "republikanischen Nationalhymne" gemäß hat. Es ist das Ziel der verändernden Zeit, heißt es, es ist das Zeichen der Reaktion selbst geworden. Wenn die jungen SPD-Arbeiter nicht die Augen auf über eine demokratische Republik mit sozialdemokratischem Präsidenten, der dieses Ziel in ihrer Hymne macht?

## Vom Tage

Feuersbrand in Goslitz. Ein gewaltiger Brand hat in Goslitz einen Lokomotivschuppen, einen Wagenpark und eine Reparaturwerkstätte mit allen darin befindlichen Lokomotiven zerstört. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Lire. Mehrere Arbeiter wurden unter der Anführung von Brandstiftung verhaftet.

Mord und Selbstmord. Ein 22 Jahre alter Kaufmann, Fritz Wiegand in Darmstadt, hat gestern Abend mit einem Rasiermesser sich seine Brust, die 22 Jahre alte Irma Wiegand sich die Kehle selbst umgebracht. Wiegand war seit einiger Zeit heillos.

Ein Tunnel zur Hebung eines Goldschates. Im August des Jahres 1782 war an der Pöndolands-Röhre im Osten der Kaplone der Pöndolands-Röhre "Grosvener", der in Juni von Geylon in See gegangen war, mit einem an Bord befindlichen Schatz von Gold und Juwelen, dessen Wert auf zwei Millionen Pfund Sterling geschätzt wird, gesunken. Dieser Schatz ist seitdem verloren, den Schatz zu heben, an dem hier besonders hohe Begehren, der die Eigentümer der Landesherren. Vor einigen Monaten hat sich nun zum Zweck der Hebung des Schates in der Kaplone eine Gesellschaft gebildet, die durch die Hebung der Röhre einen Tunnel von 150 Meter Länge in der Richtung auf das Braut gerichtet hat. Durch Taucher soll nun noch festgestellt werden, ob das Schiff längs der Röhre in dem Ausgange des Tunnels liegt. Dann wird man sofort mit den Bergungsarbeiten beginnen.

Goldfunde in Wadad. Vor einiger Zeit schon wurde gemeldet, daß in der Ober- oder früher Goldgrube Wadad wieder aufgefunden werden sollte. Dieser Ort scheint jetzt vor der Verwirklichung zu stehen. An Eisenberg bei Corbach, einem Landstädtchen in Wadad, ist tatsächlich Gold gefunden worden. Prof. Dr. Weyhlag, der Präsident der Geologischen Landesanstalt in Berlin, wohnte persönlich mehreren Schürftugenden bei. In verschiedenen Stellen des Berges wurden auch Goldfunde gefunden, die Gold entstehen. Die Untersuchungen über den Gehalt der Erze an Gold sind noch nicht abgeschlossen; es werden wohl noch einige Tage beansprucht. Somit steht aber jetzt fest, daß also überflüssige Goldfunde an diese Funde nicht getrieben werden können.



Beitrag zur Halle-Merseburg...

Die Kommunisten Nr. 24 (eingetrag.)

Ortsverein Halle...

Kommunist. Arbeiterfesten...

Könnern, Sonnabend, 23. Dezember...

Kreis Weichenberg...

Kreis Altenburg...

Kreis Weichenberg...

Kreis Weichenberg...

Kreis Weichenberg...

Kreis Weichenberg...

Kreis Weichenberg...

Kreis Weichenberg...

Kreis Weichenberg...

Kreis Weichenberg...

Kreis Weichenberg...

Kreis Weichenberg...

Kreis Weichenberg...

Kreis Weichenberg...

Kreis Weichenberg...

Kreis Weichenberg...

Kreis Weichenberg...

Kreis Weichenberg...

Bei Sobel kauft man gut u. billig | Geschenke und Spielwaren

Bereine... Drucksachen!

Arb.-Sänger-Chor...

Allg. Arbeiter-Jugend...

Sportklub 1909...

Die Naturfreunde...

Arb.-Sänger-Chor...

Die Naturfreunde...

Kom. Jugend. Halle...

Kom. Kindergruppe...

Arb.-Sänger-Chor...

Arb.-Sänger-Chor...

Arb.-Sänger-Chor...

Arb.-Sänger-Chor...

Arb.-Sänger-Chor...

Arb.-Sänger-Chor...

Arb.-Sänger-Chor...

Arb.-Sänger-Chor...

Arb.-Sänger-Chor...

Arb.-Sänger-Chor...

Arb.-Sänger-Chor...

Arb.-Sänger-Chor...

Herans... Edelmetalle... Sperrmann, Uhrmacher, Gr. Steinstraße 47.

Ernst Renner... Spezialgeschäft in Herren- u. Knaben-Garderobe...

Booch... Kakao Schokolade-Bonbon... Carl Booch Halle a. S.

Parteischriften... empfiehlt Volksbuchhandlung.

Gold, Silber, Platin... Leipzig Str. 39 (Laden).

Zum Weihnachtsfest... Almand Weiß, Kleinfurth u. Segalitzky.

Bestellheft... Fritz Kroh Produktiv-Genossenschaft Halle-Merseburg.

Möbel... jeder Art in groß. Auswahl... G. Schable.

Bestellheft... Fritz Kroh Produktiv-Genossenschaft Halle-Merseburg.

Stadt-Theater... 4 Ausnahme-Tage...

Thalia-Theater... Montag, Dienstag (1. u. 2. Vorstellung) abends 7 1/2 Uhr.

Trauring-Zentrale... Leipziger Straße 55, am Riechplatz.

Reinke... Leipziger Straße 55, am Riechplatz. Sonntag geöffnet.

Pelikan-Caramellbier... Pelikan.

Anzüge, Paletots, Hosen... Arbeiter-Bekleidung.

Anzüge, Raglans, Hosen... Arbeiter-Bekleidung.

Frei Schreiner... Schützenstraße 31 am Leipziger Turm.

Schreibwaren, Schultafeln ufm. empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Guttschein... 5 Prozent Rabatt. Wäsche- und Wollwarenlager.



